

**10523/AB**  
**vom 23.01.2017 zu 10927/J (XXV.GP)**

Dr. Hans Jörg Schelling  
 Bundesminister für Finanzen



Frau Präsidentin  
 des Nationalrates  
 Doris Bures  
 Parlament  
 1017 Wien

Wien, am 11. Jänner 2017

GZ. BMF-310205/0270-I/4/2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 10927/J vom 23. November 2016 der Abgeordneten Dr. Marcus Franz, Kolleginnen und Kollegen beeheire ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 3.:

Gemäß § 5 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) 2017 wird das Bundesministerium für Finanzen im Jahr 2017 den Ländern und Gemeinden einen pauschalen Kostenersatz für ihren Aufwand im Zusammenhang mit Migration und Integration in Höhe von einmalig 125 Millionen Euro leisten.

Die Auszahlung wird in der Finanzposition 44.01.04.00-1/7302.020 (87,5 Millionen Euro für die Länder) und in der Finanzposition 44.01.04.00-1/7304.020 (37,5 Millionen Euro für die Gemeinden) verrechnet werden.

Das Detailbudget 44.01.04 dient zur Erreichung des Wirkungsziels 1 der Untergliederung 44 „Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen, wie z.B. die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit.“

Die Ereignisse des Herbst 2016 führten zu unvorhergesehenen Kosten für die Länder und Gemeinden in Österreich. Um langfristige Stabilität und Gleichgewicht der Finanzen der Gebietskörperschaften sicherzustellen, hat sich die Bundesregierung im Sinne eines Generalvergleichs entschlossen, die ungeplanten Ausgaben der Länder und Gemeinden im Jahr 2016 durch eine Einmalzahlung auszugleichen und damit auch Unklarheiten bei Ländern und Gemeinden über die Zuständigkeit zur Tragung einzelner Kostenarten zu beseitigen.

Darüber hinaus waren bzw. sind im Ressortbudget des Bundesministeriums für Finanzen 2016 und 2017 keine Ausgaben im Sinne der vorliegenden Anfrage veranschlagt.

Zu 4.:

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen sind für das Jahr 2017 keine diesbezüglichen Förderungen eingeplant.

Der Bundesminister:

Dr. Schelling

(elektronisch gefertigt)

